

# Berlin im Banne linker Gewalt



Die zügellose und tolerierte Gewalt sogenannter links-autonomer Kreise ist jetzt auch dem *Tagesspiegel* [sauer aufgestoßen](#). Hilflos wie das Kaninchen die Schlage anstarrt, schauen die Verantwortlichen – allen voran Innensenator Eberhard Körting und Polizeipräsident Dieter Glietsch – auf den marodierenden Mob und – lassen ihn gewähren.

*Volles Programm bei den „Action Weeks“ in Berlin. In der „Köpi“, der Hochburg der Szene, gab es einen mehrtägigen „Metallworkshop“ für den aktiven Autonomen, abends lautete die Parole „dezentrale Aktionen“. Und in der ehemals besetzten „Rigaer 105“ gibt es heute einen Überblick über „verschiedene Formen zur aktiven Verschlechterung des Investitionsklimas“.*

*Nachhaltig verschlechtert ist das Klima längst. Nicht nur bei Investoren. Mit dem Angriff auf den Wohnort eines CDU-Politikers ist eine neue Eskalationsstufe erreicht. Seit Beginn der autonomen Festspiele sind mehr als 30 Autos ausgebrannt – „angegriffen“ wurde mit bizarren Begründungen etwa ein Betrieb, der Schulen mit Essen versorgt. Die täglichen Gewalttaten werden zunehmend als Kriegserklärung gegen die Stadt empfunden – und Polizei und Senat wirken hilflos. Erst bewies eine Gruppe Roma, wie man die Verwaltung der Hauptstadt an den Rand der Lächerlichkeit bringt, nun führen gewaltbereite Chaoten die Polizei und Landesregierung*

vor. Es scheint nicht so, als wüssten die Berliner Sicherheitsbehörden, was täglich in der „Köpi“ oder anderswo ausgeheckt wird. Und der Höhepunkt kommt erst noch, mit der Besetzung des Flughafens Tempelhof.

Fragen gefallen lassen müssen sich vor allem der Innensenator und der Polizeipräsident. Der Sozialdemokrat Ehrhart Körting, beliebtester Politiker der Stadt, erweckt nicht den Eindruck, als würden sämtliche Kräfte gegen die Herausforderung eingesetzt. Auch Polizeipräsident Dieter Glietsch, der vor Monaten Besitzern teurer Autos lapidar den Rat gab, ihren Wagen nicht in Kreuzberg zu parken, hat vor allem mitzuteilen, wozu die Polizei nicht in der Lage ist. Schon bei den heftigen Ausschreitungen am vergangenen 1. Mai wurde die Polizei von der massiven Gewaltbereitschaft überrascht. Den Linksradikalen hat dies weiteren Auftrieb gegeben; mit 165 angesteckten Autos seit Beginn des Jahres sind Brandanschläge zur bizarren Normalität geworden. Bloß nicht unnötig reizen – diesen Eindruck vermitteln dennoch Polizei und Innenverwaltung. Jede weitere Gewalttat aber beschädigt das Vertrauen in die Sicherheit der Stadt.

Protest gegen Mietsteigerungen und die Verdrängung einkommensschwacher Menschen, Repressionen gegen Ausländer und Asylbewerber, Kampf gegen Neonazis – das sind politische Begriffe, mit denen die radikale Linke ihre pseudorevolutionäre Gewalt begründet. Das hat den Aktionen der Autonomen zeitweilig Sympathien eingebracht; immerhin sind das Themen, die auch den Wählern der Grünen und der Linken wichtig sind. Die anfänglich durchaus vorhandene klammheimliche Freude, wenn in Kreuzberg mal wieder sogenannte Bonzenschleudern brannten, hat lange verdeckt, dass hier insgesamt die demokratische Gesellschaft angegriffen wird. Im kruden Selbstbild der Autonomen zählen auch Kreuzberger Ex-Alternative zu den Gegnern.

Doch eine unmissverständliche Verurteilung der Taten kommt nicht von Linken und Grünen; lediglich „kein Verständnis“ zu

*haben, verhöhnt die Opfer des Furors. Wer wie die Grünen für die Besetzung des Tempelhofer Flugfeldes Verständnis zeigt, erinnert in fataler Weise an die 80er Jahre, als die Alternative Liste sich mit der Gewaltfrage schwer tat. Ein passiver Senator, eine zurückhaltende Polizei und Parteien ohne klare Abgrenzung – das macht die Autonomen stark. Das Programm der „Action Weeks“ bestätigt diese Stärke jeden Tag aufs Neue.*

Bereits im Zusammenhang mit den Mai-Krawallen hatte die Einsatzleitung sich in hohem Maße lächerlich gemacht und Gesundheit und Leben der eingesetzten Polizisten mit „ausgestreckter Hand“ leichtfertig [aufs Spiel gesetzt](#).

*(Allen Spürnasen vielen Dank)*

---

## **„Der Sozialismus ist eine Außenstation der Hölle“**



Dieser Ausspruch stammt nicht von Pro NRW, sondern von Joachim Kardinal Meisner (Foto) und er muss es wissen, hat doch der heutige Erzbischof von Köln 45 Jahre lang unter dem Kommunismus der DDR gelebt und gewirkt. In einem [beeindruckenden Interview](#) mit der Kölner Kirchenzeitung erklärt er, warum das sozialistische System auf einem Gebilde

von Lügen aufgebaut ist. Eine Verführung, die im heutigen vereinten Deutschland wieder sehr groß scheint und der auch Kirchenleute, sogar im Wirkungskreis des Kardinals erlegen sind, wie der [Leverkusener Stadtdechant Heinz-Peter Teller](#), der gemeinsam mit Linken und Ultralinken gegen Pro NRW kämpft.

Wie sich Teller mit den Linken gemein macht, erklärt Jörg Uckermann im Video:

Die Zustimmung seines Erzbischofs findet Teller durch diese Koalitionen mit Sicherheit nicht. Obwohl sich Kardinal Meisner zur Pro-Bewegung nicht äußert, macht er keinen Hehl daraus, was er vom Kommunismus und den Linken hält:

*Die Gläubigen in der DDR, die lebten seit 1933 in einer Ausnahmesituation. Zuerst bedrängt von den Nazis, dann von den Kommunisten. Man kann vielleicht drei oder vier Jahre in der Anfechtung leben. Wenn es aber um vierzig und fünfzig Jahre geht, da geht einem dann langsam die Puste aus. Ein Teil unserer Arbeit als Bischöfe bestand darin, uns nicht durch Privilegien neutralisieren zu lassen. Wir haben keine Privilegien angenommen, denn jedes Privileg hätte uns in eine größere Distanz zu unseren Gläubigen geführt. Wenn ich einen Hirtenbrief geschrieben habe, dann habe ich ihn drei, vier Familien, die ein Urteil hatten und die mitten im Leben standen, gegeben. „Kann ich das so sagen?“, habe ich sie gefragt. Meistens war die Reaktion, „Herr Kardinal wir wissen doch, wie die Kirche denkt, wie Sie denken. Wenn der Brief aber rauskommt, dann werden wir drangsaliert. Dann kann es sein, dass wir gezwungen werden eine Erklärung gegen Sie zu unterschreiben. Tun wir das nicht, dann verlieren wir vielleicht unsere Arbeit.“ Ich bin dann wie ein Tiger im Käfig auf und ab gelaufen. Meistens habe ich das, was ich sagen wollte, vorsichtiger formuliert. Besonders den jungen Menschen musste ich eine klare Wegweisung mit auf den Lebensweg geben. Ich hab immer gesagt, der Sozialismus ist eine Außenstation der Hölle. Vielen hat er die*

*Zukunftsperspektiven genommen und damit auch die Freude am Leben.*

Über die heutige Bagatellisierung der DDR durch [gewisse „sozialdemokratische“ PolitikerInnen](#) ist Meisner entsetzt:

*Es ist skandalös. Das sind diejenigen, die damals schon die Mitmacher waren. Es gab in der DDR eine privilegierte Schicht, die viele Vorteile gehabt hat. Ich bleibe dabei: Die DDR war ein Unrechtsstaat, der seine Menschen bespitzelte, verfolgte und hinter Mauern und Stacheldraht einsperrte. Wer sich danach zurücksehnt, hat vieles nicht verstanden.*

Nichts verstanden hat auch Stadtdechant Teller, der sich anmaßt, mit seinen Anbiederungen an diejenigen, die sich den kommunistischen Unrechtsstaat zurückwünschen, „die Kirche“ zu vertreten.

» [heinz-peter.teller@pfarrverband-opladen.de](mailto:heinz-peter.teller@pfarrverband-opladen.de)

---

## Bergische Provinzposse



Auch im Städtchen Radevormwald im Bergischen Land (NRW) bewirbt sich PRO NRW bei der Kommunalwahl. Und natürlich schließen sich auch hier bürgerliche Politiker mit Linksextremisten zusammen, um mit Unterstützung des Staatsfernsehsenders WDR an einem „[runden Tisch](#)“ Aktionen gegen Rechts zu organisieren. Dumm gelaufen: Mit am Tisch sitzt Armin Barg (*Foto*) von den Unabhängigen Wählern, der selbst beste Kontakte zu einem rechtsextremen ehemaligen PRO-Aktivisten pflegte. Am runden Tisch ist man sich einig: Um

Schaden von der Aktion abzuwenden, wird die peinliche Verbindung vertuscht. Man kann sich darauf verlassen, dass auch die Presse dithält.

Mit der Wahrheit hat Stephan Homberg, 2008 zum Beisitzer im PRO NRW-Vorstand im Kreis Oberberg gewählt und laut Informationen der Partei seit Januar 2009 nicht mehr Mitglied, anscheinend als einziger Beteiligter keine Probleme. Zu Barg bemerkt Homberg:

*„Ja der ist jetzt Mitglied bei der UWG. Ich musste auch den Beitrag „Die Hab mich lieb-Verzeihmirparty“ rausnehmen, weil er deswegen Ärger mit der Parteiführung bekam“.*

Der diskreditierende Beitrag war veröffentlicht auf der Webseite [„Rade is geil“](#) des Aktivisten Homberg, der seine Besucher dort ganz ungenierlich als „Wotan666“ in schwarz-weiß-rot plus Reichskriegsflagge empfängt. Vor seinem Erweckungserlebnis als Kämpfer gegen Rechts soll auch Armin Barg als „Backie“ sich hier wie in anderen Foren über „Kanacken“ und „rote Duisburger Hafenratten, die man dauerhaft mundtot machen sollte“ ausgelassen haben. Gemeint war damit der Journalist Jürgen Rohn, [Betreiber einer lokalen Infoseite](#), der jetzt den Skandal um den „Runden Tisch“ der Gutmenschen aufdeckte:

*Im Artikel – Runder Tisch gegen Rechts warnt vor Extremismus – aus dem RGA wird Armin Barg von der UWG Radevormwald als Referent in Schulen aufgeführt. Ein Skandal ist in mehrerer Hinsicht zu sehen. Der Staat hat eine besondere Fürsorgepflicht jungen Menschen gegenüber. Da wird der UWG Funktionär Armin Barg, der angetrunken in Vorgärten mitunter torkelt, belegt gerichtsverwertbar durch Fotoaufnahmen, für die „gute Sache“ den Schülern der Realschule und des Gymnasiums Radevormwald als „Referent“ präsentiert. Der neue Stern am Himmel des runden Tisches gegen Rechts schwadroniert gegen Rechtspopulisten, insbesondere gegen pro NRW, und*

*pflegte dabei ungeniert Kontakte privat mit einem ehemaligen Mitglied im Vorstand der pro NRW Oberberg.*

*Die Glaubwürdigkeit haben dabei die Initiatoren des Runden Tisches in Radevormwald um den Grünen Ruhland gänzlich verspielt mit einer breit angelegten Vertuschungsaktion. Da wird Druck ausgeübt, Bilder aus dem Internet zu entfernen, die Barg „hochachtungsvoll“ zeigen. Offensichtlich kann der Runde Tisch sogar damit leben, das Barg Wasser predigt und Wein säuft. Solange er öffentlich Position gegen pro NRW bezieht, scheinen private Kontakte von Armin Barg zu den Leuten, die er eigentlich bekämpfen will, zweitrangig.*

*Ruhland, Initiator des Runden Tisches gegen Rechts, will sich sein „Spielzeug“ der Aufklärung gegen Rechtspopulisten nicht kaputt machen lassen. Er lehnt zum jetzigen Zeitpunkt eine Personaldebatte um Barg ab, da eine große Menschenkette in Radevormwald gegen pro NRW geplant sei. Wie sagt man so schön: Eine Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied. Am „Fall Barg“ kann man leicht erkennen, dass es beim Runden Tisch gegen Rechts eigentlich weniger um Inhalte geht. Es geht um die Außenwirkung einiger selbstverliebter Selbstbespiegler, die mit diesem Thema in Radevormwald jeder für sich ein eigenes Süppchen kochen.*

*Kein Wunder, das Barg und Konsorten im Theodor Heuss Gymnasium Radevormwald mit Kugelschreibern beworfen wurden von Jugendlichen. Im Gegensatz zur Schulleitung hatten die Schüler wohl ein besseres Gespür für Glaubwürdigkeit. Möglicherweise hat auch der WDR begriffen, welchen Skandal sie mit den Kameras verfolgten in der Realschule Radevormwald. Die ausgestrahlte Sendung Aufklärung über Rechtspopulisten wurde abgesetzt in der WDR Mediathek, da die Rechte zur Veröffentlichung im Internet nicht erteilt worden seien.*

**Die erwähnten Bilder zeigen Barg (rechts) beim trauten**

Gartenbesäufnis mit Homberg (*links*):



Ausgerechnet Armin Barg wurde ausführlich in einem WDR-Fernsehbericht über eine Schulveranstaltung des vom Grünen Ruhland gegründeten „Runden Tisch“ gezeigt. Dort wurden Schüler der zehnten Klasse einer Realschule vor den Umtrieben der Rechten gewarnt, da sie, so Konrektor Detlef Betz, „das nicht kennen“ und daher mindestens ein Schüler bereits „PRO-NRW auf den Leim gegangen“ sei. Wieviele wahlberechtigte Schüler Herr Betz in seiner zehnten Klasse hat, geht leider aus dem [Bericht des Remscheider Generalanzeiger](#) nicht hervor.

Bemerkenswert ist die Haltung der übrigen Initiatoren des Aufstandes gegen Rechts, nachdem ihnen das Problem mit dem fragwürdigen Mitstreiter bekannt geworden ist. Fritz Ullmann von der SED befürchtet einen Gesichtsverlust des selbsternannten Wächterrates und ist darin mit dem unabhängigen Bürgermeisterkandidaten Wilfried Pesch einig: Um bevorstehende Menschenketten und öffentliche Lippenbekenntnisse nicht zu stören, sollten die Fakten über die Teilnehmer des Bündnisses besser unter den Teppich gekehrt werden. Pesch beruft sich dabei auf eine zweifelhafte Auskunft des Beschuldigten. Dazu Rohn in einer Erklärung:

*Nun wurde Herr Barg ja auch befragt, was es denn mit den Fotos auf sich hat. Bürgermeisterkandidat für Radevormwald Pesch, der sich eifrig für derlei Befragungen anbot, wusste zu berichten, dass nach Herrn Bargs Aussagen dieser den Pro NRW Funktionär schon seit der Kindheit kennen will. Der Altersunterschied allerdings macht den Vortrag von Barg nicht sonderlich glaubhaft und weist eher in Richtung einer Schutzbehauptung.*

*Der Pro NRW Funktionär Homberg ist 42 Jahre alt, das UWG Mitglied Barg dürfte mithin ca. 56 Jahre alt sein. Als Homberg in den Kindergarten ging war Barg ein erwachsener*



*Mann. Auch ist Barg in der Vergangenheit durch politisch fragwürdige und rechtslastige Aussagen in Meinungsforen aufgefallen, so dass es nicht auszuschließen ist, das Barg und Homberg aus ganz anderen Gründen ihre Bekanntschaft pflegen. Auch die Erklärung Bargs, er hätte allein eine Geschäftsbeziehung zu Homberg als Versicherungsvertreter, vermag nicht so recht zu überzeugen angesichts der anliegenden Fotos, die eine ganz andere Sprache sprechen.*

*Obwohl Barg seit dem Kindergarten den Rechtsextremen Homberg kennen will, sei ihm zudem dessen politische Einstellung lange unbewusst geblieben, so Barg zu Pesch.*

*Die Erde ist bekanntlich auch eine Scheibe, denn Homberg ist einschlägig seit vielen Jahren nicht nur in Radevormwald bekannt.*

Erstaunlich ist, wie Presse und Staatsfernsehen sich der Schweigeblockade anschließen. Der Kampf gegen Rechts ist zu unterstützen, auch wenn offensichtlich mit gezinkten Karten gespielt wird. Denn alles, was sie jetzt auf PI vermutlich zum ersten Mal über den runden Tisch zu Radevormwald lesen, ist auch anderen längst bekannt. Im Verteiler des ausführlichen Briefwechsels zum Skandal stehen: WDR, TAZ, SPIEGEL, MONITOR (WDR), Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf, Amadeu-Antonio-Stiftung, CDU, SPD, Linke, GRÜNE, FDP ... und viele, viele andere. Wieder zeigt sich: Bei PI erfahren Sie, was andere verschweigen.



# Iran: Obama hält sich raus

✘ [Spiegel Online meldet](#) heute, dass Obama dem iranischen Präsidentschaftskandidaten Mussawi, für den Hunderttausende demonstrieren und der die im Iran abgehaltene Wahl als das bezeichnet, was es war – nämlich Wahlbetrug – dass Obama diesem Mann und dem Volk jegliche Unterstützung vorenthält. Spiegel Online liefert auch gleich die Entschuldigung – weil Obama ja wisse, dass im Iran eh die Mullahs das Sagen haben (*und das ist OK weil?*) und er sich nicht die zukünftigen Gespräche erschweren will.

*Der US-Präsident weiß, dass in Teheran ohnehin die Ajatollahs die Macht haben. Und will die Basis für Verhandlungen nicht gefährden.*

Und der gescheiterte Mc Cain, der kann ja ohne Rücksicht draufloswettern:

*Der gescheiterte Kandidat der Republikaner kann wettern wie einst im Wahlkampf. „Der Präsident sollte klar sagen, dass dies eine korrupte, fehlerhafte Wahlfarce ist und dass die Iraner ihrer Rechte beraubt wurden“, forderte McCain an diesem Dienstag in der „Today Show“ von NBC.*

Recht hat er, der John Mc Cain. Und Ihr vom Spiegel habt heute Eure verlogene Fratze deutlich gezeigt. Menschen sterben im Iran weil sie für demokratische Rechte eintreten. Hunderttausende demonstrieren, weil sie sich mit dem Wahlbetrug nicht abfinden wollen. Wir können dankbar sein, dass Obama und die Schmierfinken vom Spiegel in Deutschland vor 20 Jahren nicht entscheidend waren.

---

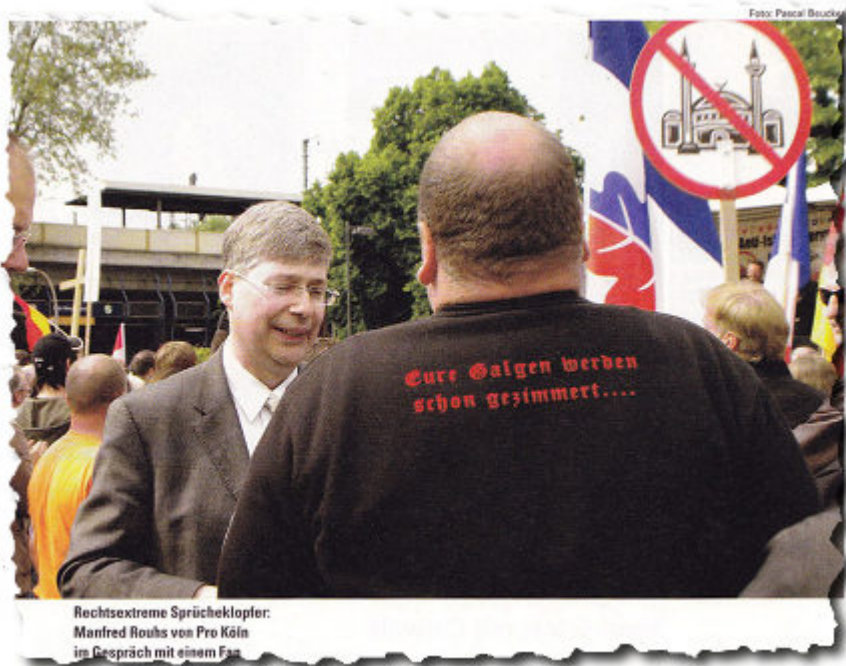


# Honi soit...



Die *Stadt-Revue* (Untertitel „Das Kölnmagazin“) bedient ihre vorwiegend linke jüngere Leserschaft mit Informationen über High Life und Veranstaltungen aller Art von der Comedy in Türkisch („Bir Muhabirin Anilari – Tek kislik güldürü“) über das Lesbenfrühlingstreffen in Köln bis hin zu einem Besuch unter dem Kölner Dom. Ja, richtig: Nicht in den Kölner Dom, sondern darunter. Alles nach dem Motto „anything goes“ – nur eines ist Autobahn: Pro Köln.

Das hielt aber [Pascal Beucker](#), einen der regelmäßigen Autoren in der Stadt Revue, nicht davon ab, am Anti-Islamisierungskongress von pro Köln und pro NRW am 9. Mai 2009 auf dem Barmer Platz teilzunehmen und wie durch ein Wunder war er im richtigen Moment an der richtigen Stelle und schoss einen Schnappschuss, den er in der Stadt Revue 06-09 von Juni 2009 seinen LeserInnen serviert:



Auf dem Bild ist der Fraktionsvorsitzende von pro Köln, Manfred Rouhs, zu sehen. Und zwar im Gespräch mit einem unappetitlichen Besucher dieses Kongresses ([PI berichtete](#)), der ein T-Shirt trug, dessen Aufschrift auf dem Foto auch deutlich zu sehen ist: „Eure Galgen werden schon gezimmert ...“  
Darunter die Bild-Unterschrift:

*„Rechtsextreme Sprücheklopfer: Manfred Rouhs von Pro Köln im Gespräch mit einem Fan.“*

Die Stadt Revue will hier einen Zusammenhang konstruieren, den es nicht gibt. Der Mann mit dem T-Shirt war an jenem Tag bereits von mehreren pro-Köln-Mitgliedern auf sein T-Shirt hin angesprochen worden. Tatsächlich zeigt das Bild genau den Moment, in dem der Versammlungsleiter Manfred Rouhs von der Bühne herbeigeholt worden war, um diesen Mann zu entfernen (was nicht möglich war) und der ihm dann wenigstens zur Auflage machte, seine Jacke über das T-Shirt anzuziehen.

Selbstverständlich ist diese Bild-Unterschrift nicht justiziabel. Niemand kann sich ja seine Fans aussuchen. Der Leserschaft soll damit aber suggeriert werden, dass genau so das gemeine pro-Köln-Mitglied aussieht, denn ein Foto kann ja

bekanntlich nicht lügen.

Dieses Foto war ein glücklicher Zufall für Herrn Beucker. Der 9. Mai 2009 war sein Tag, und die Stadt Revue hat ihre Beute von diesem Anti-Islamisierungs-Kongress. Damit sich die gutmenschlichen ProtestiererInnen im nachhinein wenigstens bestätigt fühlen können. Honi soit ...

In dem zugehörigen Artikel [„Hass, Hetze, Schlagermusik“](#), für den ebenfalls Pascal Beucker verantwortlich zeichnet, wird auch PI erwähnt:

*„Neben Rechtsextremen verschiedener Schattierung stehen hier christlich-fundamentalistische Eiferer und die fanatischen Islamhasser des Internet-Blogs Politically Incorrect.“*

» [pascal@beucker.de](mailto:pascal@beucker.de)

---

## Überfall auf rote Spelunke



Kommunisten gehören an den Baukran – das ist in der islamischen Welt so selbstverständlich, dass es dort von der Türkei bis Indonesien nirgends eine legale linke Partei gibt. Was im Haus des Friedens klare Sache ist, gilt im noch zu islamisierenden Haus des Krieges nur eingeschränkt. Denn wie einst im Iran gelten in Muslimkreisen westliche Linke

wegen ihrer sprichwörtlichen Dummheit als willkommene Helfer, ihr eigenes Grab zu schaufeln. So gesehen sind die Ereignisse, die sich dieser Tage im hessischen Neu-Isenburg zugetragen haben, als versehentlicher Frühstart zu bewerten.

Wie gewohnt ist – was die tatsächlichen Ereignisse angeht – ein [Bericht der Frankfurter Rundschau](#) wenig erhellend und daher auch zutreffend mit „Schlägerei wirft Fragen auf“ überschrieben:

*Nach der schweren Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen am Samstagabend im und vor dem Club Voltaire will die Stadt die genauen Hintergründe prüfen.*

*Der städtische Präventionsrat treffe sich am kommenden Montag zu einer Sondersitzung, sagt Erster Stadtrat Herbert Hunkel (parteilos). Beamte der Polizei sollen dabei über den Stand der Ermittlungen informieren.*

*Bei der Schlägerei in und vor dem Club an der Beethovenstraße, der am Wochenende einer der Schauplätze des Open Doors Musikspektakels war, sind mindestens sechs Jugendliche verletzt worden, zwei von ihnen schwer. Sie hatten Augenverletzungen durch zerbrochene Glasflaschen erlitten.*

Das große Interesse politischer Kreise an dem Geschehen lässt ahnen, dass es sich hier nicht um eine gewöhnliche Bereicherung deutscher Spießbürger handelt, sondern die Betroffenen zu den besonderen Günstlingen der besorgten Politiker gehören. Um der Wahrheit näher zu kommen empfiehlt sich, die Frankfurter Rundschau beiseite zu legen, und einen Blick [in die lokale Presse](#) zu werfen. Und tatsächlich: Die Täter sind die üblichen, aber die Opfer ausnahmsweise einmal Besucher einer Kommunistenspelunke:

*Bei der Schlägerei im Club Voltaire am Samstagabend hat es offenbar deutlich mehr Verletzte gegeben als die zunächst von*

der Polizei angegebenen sechs Opfer.

Ein Augenzeuge beschreibt den Vorfall im Gespräch mit unserer Zeitung als „Überfall“ durch brutale Schläger. Es habe noch ein Dutzend weitere Personen blaue Augen, aufgeplatzte Lippen, Platzwunden und Prellungen davongetragen.

„Es war einfach unglaublich, und für mich ist es ein Rätsel, wie man so aggressiv sein kann“, zeigt sich der Augenzeuge (Name ist der Redaktion bekannt) immer noch von dem Vorfall schockiert. Am Rosenmontag dieses Jahres habe es bereits einen ähnlichen Vorfall gegeben. Auch damals sei eine Gruppe Jugendlicher in den Club an der Friedrichstraße gekommen und habe „auf jeden eingepöbeln, der in Reichweite war“. Glücklicherweise habe es nur wenige Leichtverletzte gegeben.

Ganz anders diesmal: „Das war ein regelrechter Überfall, damit hat überhaupt keiner im Voltaire gerechnet. Dort ist doch meist die linke Szene vertreten und die sind eher Pazifisten“, weiß der Zeuge. Der Schüler aus einer Stadt in der Umgebung ist regelmäßig Gast in dem Club, so auch am Samstagabend, als gerade die Punk-Band „Dolf“ im Rahmen des Open-Doors-Musikfestivals spielte.

Dann seien gut 20 junge Männer zwischen 16 und 22 Jahren – „im Bushido-Look mit Jogging-Hosen, Pullover oder T-Shirt und Goldkettchen“ – hintereinander wie bei einer Polonäse reingekommen, hätten sich im Konzertraum im Halbkreis aufgestellt und wahllos und ohne jeden Grund auf Umstehende eingepöbeln, die in Reichweite ihrer Fäuste gewesen seien. Verantwortliche vom Club-Team hätten sofort die Polizei angerufen, die Band habe ihr Konzert abgebrochen.

„Dann brach eine Massenpanik aus, und das gesamte Publikum rannte durch die Ausgänge vor den Club“, erinnert sich der Schüler. Auch die Schläger, größtenteils türkischer oder marokkanischer Herkunft, seien „mit hinausgeschwemmt worden“, hätten dort weiter gepöbeln – teilweise mit Flaschen aus

*einem Leergut-Kasten. „Ein Opfer hat eine abgeschlagene Flasche ins Auge gekriegt, ein anderer Glassplitter.“*

*Besonders schwer hat es offenbar auch ein Bandmitglied von „Dolf“ erwischt. Einer der Täter habe den Musiker mit der Faust so heftig auf die Schläfe gehauen, dass es richtig gekracht habe und er sofort zu Boden gegangen sei. Der Augenzeuge: „Was mich persönlich am meisten schockierte, war, dass ein weiterer Jugendlicher dem am Boden liegenden Bandmitglied mit Anlauf ins Gesicht trat und auch nochmals zugetreten hätte, wenn sich nicht einige Clubbesucher auf ihn gestürzt hätten.“ Dann seien die Schläger plötzlich in alle Richtungen verschwunden.*

*Die Polizei sei sehr schnell, aber dennoch zu spät da gewesen, habe sich auch gleich um die Verletzten gekümmert, bevor die angeforderten Rettungswagen eintrafen. Was den Zeugen besonders wurmt: Während der ganzen Zeit sei einer der Streetworker – erkennbar an seiner Jacke mit der entsprechenden Aufschrift – vor Ort gewesen: „Doch der hat sich nur alles ruhig angeschaut und ist erst aktiv geworden, als die Polizei eintraf und er sich aufspielen konnte.“*

Wie man sie eben kennt, die sozialpädagogischen Experten für alles. Linksgrüne Spießer, die wenig von fremden Kulturen kennen, wissen wie üblich nichts Besseres, als lauthals nach der Polizei zu rufen. Noch einmal die *Frankfurter Rundschau*:

*Die Fraktionen von SPD und Grünen verlangen vom Magistrat Aufklärung. Besonders im Hinblick auf das Altstadtfest nächsten Monat müsse dafür gesorgt werden, dass bei Festen genügend Sicherheitskräfte da sind, um Ausschreitungen zu verhindern, sagt die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Maria Sator-Marx. (...)*

*„Man muss auch fragen, wo die Streetworker waren“, so Grünen-Chefin Sator-Marx. Das Gewaltpräventionsprojekt „Mobile Jugendhilfe“, in dem Jugendliche Kickboxen lernen, hat vor*



*kurzem neue Räume im früheren Kinderhaus neben dem Club Voltaire bezogen.*

*„Es gibt Schilderungen, wonach die Streetworker nicht eingegriffen hätten. Das muss geklärt werden“, sagt SPD-Fraktionsvorsitzender Christian Beck.*

### **Wo waren die Streetworker?**

*Laut Streetworker Serhat Vural haben die Kickboxer zu zweit versucht, die kämpfenden Gruppen zu trennen. Einige Jugendliche hätten sie alarmiert, als der Tumult gegen 23.30 Uhr ausbrach. „Wir versuchten, dazwischenzugehen, aber das war kaum möglich. Es waren zu viele, überall flogen Flaschen“, so der 21-Jährige.*

*Zur Ursache der Auseinandersetzung sei ihm berichtet worden, dass zwei Jugendliche auf der Tanzfläche in Streit geraten seien. Daraus sei dann die Massenschlägerei entstanden, in deren Verlauf mehrere Beteiligte mit abgeschlagenen Flaschen aufeinander losgingen. Jugendliche aus dem Kickboxprojekt seien nicht beteiligt gewesen.*

*Die Grünen wollen auch wissen, wann die Polizei eingetroffen ist. „Viele Zeugen berichten, dass sie sehr spät kam“, so Sator-Marx. Zu genauen Zeitabläufen mache er aus taktischen Gründen keine Angaben, sagt Polizeisprecher Henry Faltin.*

Die Polizei wird sich wohl so verhalten haben, wie sie es für Randalen im Umfeld kommunistischer Spelunken gelernt hat: Deeskalation durch äußerste Zurückhaltung. Was ist daran falsch? Hätte sie etwa Mohammedaner und Linke durch Eingreifen provozieren sollen?

---

# Doppeltes Pech: Roma da, Geld weg



Was für viele PI-Leser sonnenklar war, stellen jetzt auch die Berliner Sozialexperten mit Verblüffung fest: Die Roma, denen die SED-Sozialsenatorin Knake-Werner (*Foto*) [30.000 Euro geschenkt](#) hat, die sie den arbeitenden Menschen in Berlin gestohlen hatte, damit sie endlich abhauen und ihre Freunde aus der Hausbesetzerszene nicht länger [in peinliche Erklärungsnot](#) bringen, sind nach Empfang der „Rückkehrhilfe“ einfach geblieben. Na sowas!

Unterbringung in einer Kirche, vom Staat 30.000 Euro ohne Gegenleistung bar auf die Hand – Berlin ist ein gutes Pflaster für Bettler, die dreist genug sind. Aus diesem Paradies weg zu ziehen wäre schon ziemlich dumm. Da muss doch noch mehr drin sein? Der [Berliner Kurier berichtet](#):

*Sie gaben ihr Wort, nahmen Geld für die Abreise, doch die Bettel-Roma sind immer noch da! Nachmittags gingen sie in Gruppen erneut auf Mitleids-Tour. Der KURIER erwischte sie diesmal in Mitte.*

*Bahnhof Alexanderplatz, 15.08 Uhr. Begleitet von einem Mann, gehen die vier Frauen (mit Kopftüchern, eine mit Kind) schnellen Schrittes am Fernsehturm vorbei. Ihr Ziel ist die Museumsinsel. Wahllos halten sie Passanten handgeschriebene Zettel unter die Nase, sagen auf Englisch: „Bitte helfen Sie uns!“ Einige der Angesprochenen zücken ihr Portmonee, andere schütteln die Bettler ab.*

*250 für jeden Erwachsenen, 150 Euro pro Kind. Etwa 30 000 Euro ließen sich die 110 Roma im Rathaus Mitte als „Rückkehrhilfe“ auszahlen, damit sie in ihre Heimat fahren (KURIER berichtete). Sie waren nach Deutschland als Touristen*

eingereist, dürfen als EU-Bürger nicht abgeschoben werden. Rumäniens Konsul Remus Marasescu (40): „90 Prozent von ihnen reisen nach Rumänien, der Rest nach Spanien. Das versprechen die Klan-Chefs.“ Laut Marasescu sind viele schon auf dem Weg: „Wir hörten von einem Auto, das bei Nürnberg liegen blieb, kümmern uns gerade darum.“ Nachdem die Roma die „Reisekosten“ in der Tasche hatten, trafen sie sich am Donnerstagabend am Haus Bethanien (Kreuzberg), wo sie schon mal unterkamen. Wo sie die Nacht verbrachten, ist unklar. Roma-Unterstützer halten die Rückkehr-Aktion für ungesetzlich: „Alle Daten müssen aus Computern gelöscht werden.“

(Spürnase: Gottes rechter Arm)

---

## Berlin zahlt Neuunternehmer aus



Über 100 neue Unternehmer, die in Berlin mit ihrer neuartigen Geschäftsidee des Autoscheibenputz-Service für den Aufschwung sorgen wollten ([PI berichtete](#)), zeigen sich enttäuscht vom wirtschaftsfeindlichen Klima in der Hauptstadt und lassen sich jetzt auszahlen, um anderswo Scheiben zu putzen. Letzteres ist allerdings nicht sicher.

## Der [Tagesspiegel](#) berichtet:

*In einem gemieteten BVG-Bus wurden die Männer, Frauen und Kinder am Nachmittag vom Spandauer Asylbewerberheim zum Rathaus Mitte gefahren. Alle 106 Roma, die vorübergehend in der Flüchtlingsunterkunft einquartiert waren, haben das Heim verlassen. Im Bezirksamt Mitte in der Karl-Marx-Allee konnten sich die Rumänen am Nachmittag Reisegeld für die Rückkehr in die Heimat abholen. Einige Roma sollen vorher bei Gesprächen geäußert haben, dass sie in andere Länder „weiterwandern“ wollten. Sie seien enttäuscht, dass Berlin ihnen keine weitere Hilfe anbiete.*

*Das Angebot der Senatsverwaltung für Integration und Soziales zur „Rückkehrhilfe“ lautete: 250 Euro pro Erwachsenen und Jugendlichen und 150 Euro pro Kind – bar auf die Hand. „Damit sollen die Roma per Bus, Zug oder mit eigenen Autos zurück in ihre Heimat reisen“, sagte Sprecherin Karin Rietz. Das Geld sei „zweckgebunden“. Soll heißen: Nutzen die Roma es nicht zur Ausreise, kann die Summe zurückgefordert werden.*

*Vor dem Bezirksamt Mitte, wo die Geldausgabe stattfand, hatten sich rund 50 Unterstützer der Roma aus der linken Szene versammelt, die zuvor im Internet gegen die „Vertreibung aus der Motardstraße“ mobilisiert hatten. Sie verabschiedeten sich von den Leuten, die ihr Geld bereits an der Bezirkskasse abgeholt hatten. An den Schaltern im fünften Stock war alles vorbereitet: Gegen Vorlage des Passes und der Unterschrift auf einer Erklärung erhielt jeder das versprochene Bargeld. Die Unterschrift besagt, dass das Geld für die Ausreise benutzt wird. Von einem „Überbrückungsgeld“, das die Behörden noch vor einer Woche zusätzlich anbieten wollten, war nicht mehr die Rede.*

*Finanzstadtrat Rainer-Maria Fritsch (Linke) koordinierte die Geldübergabe in Mitte und erklärte, man könne zwar die Ausreise nicht überwachen, doch die Familien müssten mit einem „Verwaltungsverfahren“ rechnen, wenn sie in zwei Wochen*

*noch in Berlin registriert würden. Der Bezirk rechne mit rund 30 000 Euro, die für die Rückkehr ausgezahlt werden.*

Der zuständige [GEZ-Qualitätssender RBB](#) verabfolgt seinen Hörern die Nachricht in leichter verdaulicher Form. Statt Bargeld weiß man dort nur von Bahnfahrkarten:

*Die Roma-Familien, die in den vergangenen zwei Wochen in einem Wohnheim in Berlin-Spandau lebten, haben das Heim am Donnerstag verlassen.*

*Das bestätigte Sozialsenatorin Knake-Werner (Linke) der rbb-Welle radioBerlin. Die Familien hätten sich verpflichtet, nach Rumänien auszureisen. Im Gegenzug erhielten sie als Rückkehrhilfe ein Bahnticket für die Heimfahrt.*

So klingt es für Berliner Steuerzahler doch gleich viel besser! Noch weniger allerdings dürfte es der Vorhut der Arbeiterklasse in Gestalt der Israelhasserin Ulla Jelpke von der SED gefallen. Noch einmal der *Tagesspiegel*:

*Die Abgeordnete Ulla Jelpke (Linke) warf Körting vor, er „heize bewusst die rassistische Stimmung an, wenn er verbreiten lässt, dass die in Berlin lebenden Roma-Familien zurück nach Hause sollen.“ Das erinnere stark an die ausländerfeindliche Hetze rechtsextremer Gruppen, so Jelpke. Die Linke setze sich für ein Bleiberecht ein, insbesondere für die Roma als eine „besonders verfolgte Gruppe“. Zu der Zeit wusste Jelpke offenbar noch nichts von der Rückkehrhilfe, die ihre Parteikollegin auszahlen ließ.*

*(Vielen Dank allen Spürnasen)*

---



# Frangenberg und die Moslemsekte

✘ In Köln bemühen sich CDU, SPD und sogar die GRÜNEN, die Erweiterung eines muslimischen Elitegymnasiums, das einer erzreaktionären türkischen Moslemsekte zugeordnet ist, zu verhindern. Der kommunistische Reporter Helmut Frangenberg (*Foto*) vom Kölner Stadtanzeiger eilt zu Hilfe – natürlich den gutgetarnten Evolutionsleugnern.

Frangenberg [im KStA](#):

*Kölner Politiker verweigern einem privaten Gymnasium, das vornehmlich von Kindern türkischer Einwanderer besucht wird, die Erweiterung. Grund: Der Trägerverein wird der weltweiten Bewegung des umstrittenen türkischen Predigers Fetullah Gülen zugerechnet.*

*Sieht so die konspirative Arbeit eines islamistischen Vereins aus? Engagierte Lehrer, die sich für das Konzept des Privatgymnasiums „Dialog“ in Köln-Buchheim gewinnen ließen, unterrichten in kleinen Klassen wissbegierige Kinder. Offenheit und Transparenz werden groß geschrieben. Ein weit reichendes Förderangebot begleitet die Kinder, die vornehmlich aus Familien türkischer Einwander stammen. „Wir sind keine Eliteschule, wollen aber Menschen elitär fördern“, sagt der Vorsitzende des Trägervereins Alp Sarac. Das Angebot findet seit 2007 viel Anklang.*

Viele Besucher haben sich durch das ehemalige Arbeitsamt Buchheims führen lassen und nichts gefunden, was darauf hindeutet, dass hier eine Verschwörung von Islamisten vorbereitet wird. Es gibt noch nicht einmal Religionsunterricht. Und doch scheinen Politiker aus SPD, CDU und Grünen in Köln genau solche Machenschaften zu vermuten. Offen sagt das keiner.

### **Vorwand statt Argumente**

Um die Erweiterung der Schule zu verhindern, wird die angebliche Konkurrenz zu den Nachbargymnasien, wo aber schon seit Jahren die Schülerzahlen zurückgehen, bemüht. Die Mehrheit der Politiker in der zuständigen Bezirksvertretung machte es sich noch leichter: Sie beschloss, den Bauplatz für die Schulerweiterung mit einem Pflegeheim für Senioren zuzubauen. Die Frage nach dem Bedarf, den es nach Einschätzung der Stadtverwaltung nicht gibt, hatten die Bezirkspolitiker vorher nicht gestellt.

Der Trägerverein der Schule ist der „Türkisch-Deutsche Akademiker Bund“, ein gemeinnütziger Verein, der 1994 von Akademikern nichtdeutscher Herkunft gegründet wurde. Er wird der weltweiten Bewegung um den umstrittenen charismatischen Prediger Fethullah Gülen zugerechnet. Kritiker halten ihn für gefährlich, seine „islamistische Auffassung“ sei unter „pseudo-modernistischen Lack“ getarnt, wie der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban von der Evangelischen Fachhochschule in Berlin sagt.

Die Gülen-Bewegung wächst weltweit. Wie schnell sich die Anhänger des in den USA lebenden, reichen Türken mobilisieren lassen, zeigte eine weltweite Online-Umfrage der US-Zeitschrift „Foreign Policy“ und des britischen Magazins „Prospect“. Die User wählten den Buchautor zum wichtigsten noch lebenden Intellektuellen.

Gülens Anhänger sehen ihn als dialogbereiten Friedensstifter.

*Tatsächlich findet sich in seinen vielen Schriften nichts, was ihn als gefährlichen Islamisten ausweist, der eine muslimische Elite zur Machtübernahme führen will. Als ihm 1999 die Türkei wegen mutmaßlichem Republikverrats den Prozess machen wollte, stützte sich die Anklage vor allem auf Filmmitschnitte, die bis heute im Internet kursieren. Dort fordert er seine Anhänger dazu auf, sich unauffällig zu verhalten, bis der „richtige Zeitpunkt“ komme, „um die Welt auf unseren Schultern zu tragen“. Mit blumigen Worten in altertümlichem Türkisch predigt er von der „schmerzhaften Geburt“ einer neuen Nation und von einer „Abrechnung mit der Welt“.*

*Die Anhänger Gülens bezeichnen die Filme als Fälschungen und sehen bei der Dämonisierung ihres Vordenkers den Geheimbund „Ergenekon“ im Auftrag von türkischen Militärs und radikalen Kemalisten am Werk. In der Türkei ist Gülen längst rehabilitiert. Die Kontakte zur islamischen Regierungspartei AKP sollen ähnlich gut sein wie zu vielen anderen Institutionen. Er trifft sich mit Vertretern anderer Religionen wie dem Papst. Der frühere US-Präsident Bill Clinton bezeichnet ihn öffentlich als „Freund“.*

Und jetzt hat er auch noch den Kommunisten Frangenberg zum Freund, der es offenbar garnicht abwarten kann, die Behandlung zu genießen, die seinesgleichen in der gesamten islamischen Welt, egal ob in der Türkei oder Iran, Saudi-Arabien oder Malaysia erfahren.

*Das es auch anders geht, zeigt ein zweiter Verein der Gülen-Bewegung in Köln. Der „Ikult – Interkultureller Dialog e.V.“ wirbt offensiv mit Gülens Konterfei, das er selbstbewusst neben Mutter Theresa, Ghandi oder Martin Luther King auf Plakaten platziert. Das Motto einer bundesweiten Tagung mit Experten und Professoren aus der ganzen Welt Ende Mai in Potsdam ist der Leitgedanke einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit, mit der die Gülen-Vereine die Deckung*



verlassen haben: „Die Gülen-Bewegung als Brücke zwischen den Kulturen“. In Köln lädt „Ikult“ zu Abendessen, Kulturveranstaltungen, Türkeireisen und Diskussionen, in der es um die Verbindung von Religion und Moderne geht. Hier referieren Lehrkräfte und Professoren der Kölner Universität, die fern jedes Verdachts stehen, etwas mit religiösem Fundamentalismus im Sinn zu haben, genau wie Kölns grüne Sozialdezernentin Marlis Bredehorst.

Der Name der Dame, die [den Holocaust einen Ausrutscher nennt](#) und nach eigenen Angaben „[nicht so viel vom Islam kennt](#)“ spricht für das Niveau der Veranstaltungen, wo sich die Frommen und Klugen versammeln, wie Frangenberg zu berichten weiß:

Geführt wird „Ikult“ von dem frommen wie klugen Musiker Edjer Sabanci, der aus seiner Bewunderung für Gülen kein Geheimnis macht. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des „Türkisch-Deutschen Akademiker Bundes“ hat Gülen selbst in den USA getroffen. Er sei ein kluger Philosoph, sagt Sabanci, „ein Vorbild“, das man aber nicht ehrfürchtig verehren müsse, sondern das bescheiden und nahbar geblieben sei. Gülen stehe für die Idee: „Tue Gutes ohne Gegenleistungen zu erwarten.“

Die Debatte um Gülen ist stark geprägt vom Import unversöhnlicher Positionen aus der Türkei, wo radikale Kemalisten und Laizisten glauben, dass Religion grundsätzlich gefährlich wird, wenn ihre Anhänger daraus eine Motivation zur Mitgestaltung einer Gesellschaft ableiten. Nichts anderes tun Vereine wie der „Türkisch-Deutsche Akademiker Bund“, wenn sie sich mit Nachhilfeangeboten oder einer Privatschule um Kinder aus den Familien türkischer Einwanderer kümmern.

„Wir haben kein konkretes politisches Konzept im Sinn“, beteuert „Ikult“-Chef Sabanci, „erst Recht keinen Umsturz bestehender Verhältnisse.“ Man mag es ihm glauben. Der Einschätzung, dass die Gülen-nahen Vereine zu einer sehr

*konservativen, mit der Leugnung der Evolutionstheorie durchaus auch reaktionären Gemeinschaft gehören, kann er jedoch kaum widersprechen. Es bleibt das Misstrauen in eine „Bewegung“, die sich an einen religiösen Führer bindet und so stark zu sein scheint, dass sie ohne eine Organisationsstruktur weltweite Aktivitäten entfalten kann.*

Verschleiern statt aufklären, wo selbst schon grüne Weltverbesserer skeptisch geworden sind. Helmut Frangenberg gehört zu den Journalisten in Deutschland, die nicht zur Lösung der Herausforderungen beitragen, sondern zum Teil des Problems geworden sind.



# Willkommen zurück, Carter



Der stolpernde Honigbarbier von Kairo

Sind Sie nicht auch erleichtert, dass wir das nun endlich hinter uns gelassen haben! Jetzt, da unser Präsident mit dem Goldzünglein nach Kairo gegangen ist, um die verletzten Gefühle der Moslems zu beschwichtigen, lieben sie uns wieder! Moslems in Pakistan haben ihre Dankbarkeit für Präsident Obamas Rede sogleich unter Beweis gestellt, indem sie einen Bombenanschlag auf ein Peshawarer Luxushotel verübt haben.

(Von Ann Coulter – Originaltitel: [Welcome Back, Carter](#) – Übersetzung: Sascha R. – Karikatur: [Götz Wiedenroth](#))

Getreu dem Axiom der Linken, dass Araber nur Schwäche wirklich respektieren, zählte Obama, fälschlicherweise, die historischen Errungenschaften von Muslimen auf, Dinge wie Algebra (eigentlich von den Babyloniern erfunden), den Kompass (chinesische Erfindung), sowie Stifte (wieder die Chinesen) und medizinische Entdeckungen (ach wirklich, welche?).

Aber wozu es so genau nehmen. All diese Erfindungen waren schließlich am 11. September 2001 unglaublich hilfreich. Danke, Moslems!

Obama sprach vor der Kairoer Zuhörerschaft tapfer davon, dass es böse von den Muslimen war, uns 9/11 anzutun, aber dass sie, auf der anderen Seite, Opfer der Kolonisation sind.

Ausser natürlich, das wir sie nicht kolonisiert haben. Die Franzosen und Engländer waren das. Warum fliegen die Araber also Flugzeuge in unsere Hochhäuser und nicht in den Triumphbogen in Paris? (Und Hut ab! Was haben die Araber nicht alles im Nahen Osten geschaffen, seitdem die Briten und Franzosen abgezogen sind!).

In einem weiteren Äpfel mit Birnen-Vergleich sagte Obama dann:

*„Lassen Sie mich eines klarstellen. Probleme mit der Gleichberechtigung der Frau sind natürlich nicht einfach nur für den Islam ein Thema. Nein, der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau dauert in vielen Facetten des amerikanischen Lebens fort.“*

Also einerseits werden in moslemischen Ländern 12-jährige Mädchen zu Tode gesteinigt für das Kapitalverbrechen vergewaltigt worden zu sein. Andererseits gibt es bei uns in Amerika immer noch nicht genügend weibliche Feuerwehrleute!

In einem Anfall von Irrsinn meinte Obama, sein Multikulti-Weltbild zur Schau stellen zu müssen, indem er fortfuhr:

*„Ich lehne die Sicht einiger im Westen ab, dass eine Frau, die sich dazu entscheidet, ihr Haar zu bedecken, irgendwie weniger gleichberechtigt ist.“*

In Saudi-Arabien, Iran und anderen moslemischen Ländern „entscheiden“ sich die Frauen lieber dafür ihren Kopf zu bedecken, als ihn abgeschnitten zu bekommen.

Obama rollte auch wieder das zum linken Standardrepertoire gehörende Argument auf, dass es sich beim Golfkrieg um einen frei gewählten Krieg gehandelt habe, während der Krieg in Afghanistan notwendig gewesen sei. Linke klammern sich an

diesen Unsinn, um damit ihre eigene Heuchelei in Bezug auf den Irak zu vertuschen. Entweder beide Kriege waren notwendig oder beide waren freiwillig.

Weder Irak noch Afghanistan – noch irgendein anderer Staat – haben uns am 11. September angegriffen. Aber sowohl Irak als auch Afghanistan, genau wie viele andere moslemische Staaten, hatten Verbindungen zu den Terroristen, die uns am 11. September angegriffen haben und die nur darauf warten, es wieder zu tun.

Die Wahrheit ist: Alle Kriege beruhen letztlich auf einer freien Entscheidung, der Unabhängigkeitskrieg, der Bürgerkrieg, beide Weltkriege, der Korea-Krieg, der Vietnam- und auch der Golfkrieg, genauso wie die Kriege im Irak und in Afghanistan. Ok, vielleicht ist der Krieg gegen Übergewicht bei Teenagern freiwillig, aber das ist wirklich der einzige, der mir einfällt.

Die Demokratische Partei entscheidet sich heute Hijabs zu tragen, um keine Kriege zu kämpfen – sie entscheidet sich wirklich, nicht wie die Saudi-Arabischen Frauen. Aber sofort nach dem 11. September konnten die Demokraten das natürlich noch nicht sagen, also gaben sie vor, den Krieg in Afghanistan zu unterstützen, um dann die nächsten siebeneinhalb Jahre damit zu verbringen, sich irgendeinen Unterschied zwischen Afghanistan und Irak einfallen zu lassen.

Vielleicht können sie uns dann als nächstes erklären, warum der Kampf gegen Hitler – der nie in die USA eingefallen ist und auch keine Pläne hatte, dies zu tun, „notwendig“ war und der Krieg gegen Saddam nicht. (Obama über Hitler: „Die Nazi-Ideologie trachtete danach zu unterwerfen, demütigen und vernichten. Sie verübte Morde vorher nicht gekannten Ausmaßes.“) Saddam Hussein hat hingegen die Kuwaitis, Kurden und Shiiten wohl nur ein bisschen necken wollen.

Unterdessen sehnen sich Moslems im gesamten Nahen Osten danach, dass ihr Saddam Hussein auch von amerikanischen Angreifern gestürzt wird, damit auch sie befreit werden können. (Dann werden wir ja sehen, wie viele Frauen, außerhalb amerikanischer Uni-Campusse, sich wirklich frei entscheiden Hijabs zu tragen). Die Gegenüberstellung von freiwilligem und notwendigem Krieg muss einem Moslem so unergründlich sein wie eine Diskussion zum Thema Homo-Ehe.

Araber haben keine Angst vor uns, sie haben Angst vor dem Iran. Aber unser Nachwuchs-Jimmy Carter hatte keine harten Worte für den Iran. Im Gegenteil. In Kairo gab Obama sein Aval zum iranischen Streben nach Atomenergie, um dann im selben Atemzug – halten Sie sich fest – Amerika dafür anzugreifen, dass es dabei geholfen hat, den iranischen Geisteskranken Mohammad Mossadegh auszuschalten.

Die [Entführung von Mossadegh durch den CIA](#) war wahrscheinlich das größte, was der Dienst je geleistet hat. Das Ganze trug sich 1953 zu, bevor die CIA ein Haufen von Anwälten und Bürokraten wurde.

Mossadegh war völlig übergeschnappt (und das soll was heißen, wenn man im Wettbewerb zu Leuten wie Moammar Gadhafi, Ayatollah Ruhollah Khomeini und Saddam Hussein steht). Er gab Interviews, während er im Schlafanzug im Bett lag. Er heulte, bekam Schwächeanfälle und stellte für sein Volk die Weichen zu ständiger Verarmung, indem er alle Ölquellen „in Volkseigentum überführte“, als was sie dann brachlagen, nachdem die britischen Firmen, die wussten, wie man sie bewirtschaftet, abgezogen waren.

Aber er hasste die Briten, also liebten ihn linke Akademiker. Die *New York Times* verglich ihn mit Thomas Jefferson.

Es stimmt, Mossadegh war vom iranischen Parlament „gewählt“ worden, – allerdings nur in dem allgemeinen Chaos, das dem

Mord am vorherigen Premierminister folgte.

Um es kurz zu fassen. Der Persische Kaiser hatte diesen Clown rausgeworfen, aber Mossadegh lehnte es ab zurückzutreten, also entfernte ihn die CIA mit Gewalt und erlaubte es, dem vom Schah bestimmten Nachfolger, sein Amt anzutreten. Dieser „Staatstreich“, wie linke Akademiker es gerne nennen, war vom Lieblings-Republikaner aller Linken, Dwight Eisenhower, gutgeheißen worden und von so gewichtigen linken Stimmen wie John Foster Dulles unterstützt worden.

Sich wie Obama für eine der größten Leistungen in der Geschichte der CIA zu entschuldigen, ist nicht einfach nur verrückt, es ist Ramsey Clark verrückt.

Obama sagte auch, es sei ungerecht, dass „einige Staaten über Waffen verfügten, über die andere nicht verfügten“ und verkündete, dass jede Nation, Iran eingeschlossen, das Recht haben sollte, Nuklearenergie zivil zu nutzen, so lange es sich nur an den Vertrag gegen Nukleare Proliferation halte.

Halt, warten Sie, was ist mit uns? Wenn ein fanatischer Holocaustleugner mit messianischen Psychosen Atomenergie haben darf, können die USA dann nicht wenigstens einmal alle 30 Jahre ein Atomkraftwerk bauen?

Ich bin sicher, dass man genausogut kontrollieren wird, ob der Iran sich an den Vertrag hält wie man das im Falle Nord Koreas getan hat. 1994 zeichnete Clinton einen allseits gepriesenen Friedensvertrag mit Nord Korea, in dem er dem Land vier Milliarden Dollar zum Bau von Atomanlagen und 500.000 Tonnen Brennstoff – Öl im Tausch gegen das Versprechen, dass Nord-Korea keine Atomwaffen bauen würde, gab. Die Tinte war noch nicht getrocknet, als die Nord-Koreaner begannen wie wild Atombomben zu bauen.

Aber zurück zum Iran. Wozu genau brauchen die Iraner nochmal

Atomenergie? Der Iran ist nicht gerade ein industrielles Powerhouse. Iran ist heute ein primitives Volk mitten in einer Wüste, das zufällig auf einem großen Teil der Öl- und Gasreserven der Welt sitzt. Etwa nicht genug Öl und Gas, um alte Haushaltsventilatoren zu betreiben?

Obamas „Ich bin OK, Du bist OK“ Rede wäre lachhaft, wenn sie nicht so erschreckend wäre.



## Schande über uns!







© 2009 by [Daniel Haw](#)



Daniel Haw ist Dramatiker, Maler, Komponist, Regisseur und Leiter des jüdischen Theaters Schachars in Hamburg. Nach einer graphischen und künstlerischen Ausbildung studierte der 49-Jährige in Kalifornien Schauspiel und Regie. Haw, Vater der jüdischen Comicfigur Moische Hundesohn, veröffentlicht seine Cartoons jeden Freitag exklusiv auf PI.

» [Alle Moische-Cartoons auf PI](#)

---

# Berliner Gymnasien bald eine Lotterie



In Berlin soll künftig bei einem Teil der Schüler das Los entscheiden, ob sie das Gymnasium besuchen dürfen oder nicht. In Berlin haben Eltern die Möglichkeit, ihr Kind auch entgegen der Lehrerempfehlung auf eine höhere Schule zu schicken, entweder in eine Sekundarschule, in der das Abitur nach 13 Jahren gemacht werden kann, oder ein Gymnasium mit Abitur nach 12 Jahren. Darüber hinaus sollen, um „soziale Inseln“ der Reichen zu vermeiden und eine bessere „Durchmischung“ an Gymnasien zu erreichen, Eltern aus benachteiligten Bezirken künftig auch die Schule wählen können.

Mit anderen Worten: Man will vermeiden, dass Kinder wohlhabender Eltern, die in vornehmeren Gegenden wohnen, auch zukünftig Schulen mit niedrigem Migrantenanteil besuchen können. Notfalls wird man [eben zugelost](#).

*Ein Teil der Plätze an Gymnasien soll über Losverfahren vergeben werden. Uneinigkeit herrscht nur über die Anzahl. Geeinigt hatte sich die rot-rote Koalition auf 50 Prozent, nun votierte die SPD-Fraktion für 25 Prozent.*

Lostopf statt Leistungsprinzip – das neue Konzept der Linken

für die „Förderung“ des (zugewanderten) Nachwuchses. Lehrer warnen im Interesse der Kinder davor, noch mehr Schüler mit Realschulempfehlung aufs Gymnasium zu schicken:

*„Der Philologenverband lehnt jede Art von Quotenregelung ab – auch zehn Prozent der Kinder ins vorprogrammierte Scheitern zu schicken – ist unredlich und falsch.“ Ein Losverfahren sei leistungs- und kinderfeindlich, ungerecht, zutiefst unpädagogisch und nehme zynisch das Scheitern von Kindern in Kauf. „Wer aber in der Schulpolitik bewusst mit dem Scheitern von Kindern spielt, hat jede Glaubwürdigkeit verloren“, so der Bundesvorsitzende des Philologenverbandes Meidinger.*

Die Befürworter argumentieren, ~~Migranten~~ Kinder aus der Unterschicht würden durch das bestehende System benachteiligt:

*Immer häufiger werden Fälle bekannt, bei denen Kinder aus der Unterschicht gegenüber Kindern aus reichen Familien, obwohl sie die gleichen Noten haben, benachteiligt werden, berichtet „Spiegel-Online“ im November 2008. Dies liege am sozialen Status und der Bildung der Eltern. Außerdem legt eine Studie offen, dass auch Jungs im deutschen Schulsystem benachteiligt sind. Mädchen erhalten bei gleichen Noten häufiger eine Gymnasialempfehlung.*

(Spürnase: Rudi)